Z 9597 B

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Norbert Gansel MdB, Vorsitzender des SPD-Parteirats, weist auf die aktuelle Bedeutung der deutschlandpolitischen Gedanken von Carlo Schmid hin.
Seite 1

Annemarie Renger MdB würdigt Leben und Werk von Carlo Schmid anläßlich seines 10. Todestages.
Seite 4

Gerd Walter MdEP setzt sich für eine radikale Abrüstung als Antwort auf die Entwicklung in Osteuropa ein.
Seite 5

Heinke Salisch MdEP nennt die Gipfelerklärung von Straßburg zur Europäischen Sozialcharta einen Skandal.
Seite 6

44. Jahrgang / 237 — 11. Dezember 1989

Von der Aktualität Carlo Schmids

Das Vermächtnis des Europäers und deutschen Patrioten für die Sozialdemokratie

Von Norbert Gansel MdB
Vorsitzender des Parteirates der SPD

Heute vor zehn Jahren starb Carlo Schmid. Die Erinnerung an den mächtigen Redner, den großen Parlamentarier und den pflichtgetreuen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, die Annemarie Renger ihm gewidmet hat, ehrt nicht nur Carlo Schmid, sondern auch die amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Freundschaft und Freunschaft über den Tod hinaus ist eine Dimension politischer Glaubwürdigkeit, die uns Carlo Schmid vorgelebt hat und die nachzuleben wir verpflichtet sind.

Der Europäer und deutsche Patriot, der Staatsmann und volkstümliche Politiker, der Redner und Organisator, der Lehrer und Gelehrte, der Dichter und Wissenschaftler, der Genosse und Freund Carlo Schmid hat seinem deutschen Vaterland gedient. Er hat ihm gedient durch die sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Aus großbürgerlichem Hause stammend, Sohn einer französischen Mutter, haben zwei Entscheidungen seinen persönlichen und politischen Weg bestimmt.

Bei Beginn des Ersten Weltkrieges meldete sich der Achtzehnjährige als Kriegsfreiwilliger. Es ist seine Entscheidung. In seinen „Erinnerungen" zitiert er für diese Entscheidung Worte seiner Mutter: „Deutschland ist das Land Deines Vaters und da Du Dich von diesem Land hast aufnehmen lassen, ist es Dein Vaterland - solange Du ihm nicht abgeschworen hast. Seiner Fahne wirst Du folgen. Frankreich ist das Land Deiner Mutter; dieses Land solltest Du auch nach dieser Entscheidung ehren. Künftig werden wir nur noch französisch miteinander sprechen, auch wenn Du deutsche Uniform trägst." - Carlo Schmid hat zu seiner Entscheidung gestanden - in den guten und in den schlechten Zeiten seines deutschen Vaterlandes.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Nach den schlimmsten Zeiten deutscher Geschichte entschied er sich 1945 „In die Politik zu gehen". „Ich war entschlossen, mich dem zu stellen, was mit der Zerschlagung Deutschlands auf unser Volk und auf jeden von uns zukommen mußte. ... Wer hat Schuld, daß die Macht in die Hände von Unmenschen kommen konnte: Wer trägt Schuld, daß dieses Volk sich täuschen, sich überrumpeln ließ? Meine Antwort hieß: ich und meinesgleichen sind schuld, weil wir uns zu gut waren... Wenn Du nicht wieder schuldig werden willst, sagte ich mir, wirst Du Dein Leben ändern müssen... Ich werde also in die Politik gehen."

Im Freundeskreis derer, die Nazidiktatur, brutale Eroberungen und barbarische Rückzüge ohne Fehl und Tadel überstanden haben, beginnt der Politiker Carlo Schmid in seiner Heimatstadt Tübingen. Er kann der französischen Besatzungsmacht mutig gegenüber treten, weil ihm nichts vorgeworfen werden kann und weil er sich nichts vorzuwerfen hat. Er wird als „Staatsrat" der Regierungschef einer provisorischen Regierung im provisorischen Württemberg-Hohenzollern. In der politischen Struktur der ersten Nachkriegsmonate entscheidet sich Carlo Schmid für die politische Partei, die ihm am wenigsten „provisorisch" erscheint, - für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Für den Humanisten und Sozialisten Carlo Schmid wären damals auch andere politische Organisationen offen gewesen. Aber er entscheidet sich für die Geschichte und für den Namen der SPD. Auf der Gründungsversammlung der baden-Württembergischen Sozialdemokraten bekennt er sich zu dem Stolz, der Partei angehören zu dürfen, „die als einzige Partei in Deutschland ihren Namen nicht zu ändern braucht, weil sie sich ihrer Geschichte nicht schämen muß". Mit diesem Stolz gewinnt er die Auseinandersetzung mit der französischen Besetzungsmacht, die aus dem Namen der SPD das „D" gestrichen haben will. „Nomina sunt omina" ruft er in die Debatten des Parlamentarischen Rates, als man sich darüber streitet, wie sich der Staat nennen soll, für den das Grundgesetz geschaffen wird. Namen sind mehr als Bezeichnungen. Sie weisen in die Vergangenheit und in die Zukunft.

An diese Worte Carlo Schmids muß erinnert werden, wenn heute in der SED nach einem neuen Namen für eine Partei gesucht wird, die sich zwar ein neues Programm gibt und einen neuen Namen geben will, die aber mit der alten SED identisch bleibt, weil ihre Funktionäre und verbleibenden Mitglieder mit ihr identisch bleiben. Eine solche Partei kann ihre Geschichte und Verbrechen nie loswerden. Sie kann sie allenfalls aberbeiten in Jahren und Jahrzehnten. Sie darf in der deutschen Politik keine Rolle mehr spielen, solange sie diese Arbeit nicht glaubwürdig geleistet hat.

Für Carlo Schmid hätte es keinen Zweifel gegeben: Auf den Namen „SPD" haben in der DDR nur die Frauen und Männer Anspruch, die sich zur Sozialdemokratie bekannten, als sie dafür mit dem ganzen Risiko ihrer Person und ihrer Familien einstehen mußten. Mit der Zwangsvereinigung hat die SED den Sozialdemokraten in der damaligen sowjetisch besetzten Zone die Parteiorganisation genommen. Freiheit, Gesundheit und Leben war der Preis sozialdemokratischen Widerstandes gegen den Kommunismus stalinistischer Art. Die Ehre und den Namen lassen sich die Sozialdemokraten nicht nehmen - auch nicht 43 Jahre danach. - Carlo Schmid hätte daran mitgewirkt und sich darüber gefreut, daß sich die Sozialdemokraten in der DDR, die sich in Illegalität unter dem Namen SDP zusammengetan haben, nun in der Phase ihrer erkämpften Legalisierung wieder den Anspruch auf den alten ehrenvollen Namen gesichert haben.

Ach, Carlo, hättest Du doch diese Wochen miterleben können, die im Buch der deutschen Geschichte die Überschrift erhalten werden: „Wir sind das Volk."

Carlo Schmid war kein Nationalist. Er wollte nicht die Rückkehr zum souveränen Nationalstaat. „Die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden und in einem geeinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen" war sein Ziel und nicht nur eine Formulierung, die er für die Präambel des Grundgesetzes entwarf. Nation war für ihn kein ethnischer oder politischer Verband, sondern der permanente Prozeß der Zustimmung zu den moralischen Grundwerten der Gemeinschaft. In seiner letzten großen Bundestagsrede vom 25. Februar 1972 - der Anlaß war die erste Lesung der Ost-Verträge - hat er uns, seiner Partei sein Vermächtnis als Europäer und deutscher Patriot, als Humanist und Sozialist hinterlassen:

„Das andere, was im Grundgesetz vorgesehen ist, ist die Wahrung der Einheit der Nation. Ich möchte dazu einige Worte sagen: denn ich glaube, daß für uns Deutsche gerade heute wenige Dinge wichtiger sind als das eine, sich darauf zu besinnen, was es eigentlich heißt, eine Nation zu sein. Viele meinen, daß man einige Schlachten gewonnen hat, mache eine Nation. Andere meinen, die gemeinsame deutsche Sprache mache für sich allein die Nation, oder daß eine Krone im tiefen Rhein liegt, mache die Nation. Das alles ist schön, ist gut und gehört mit dazu, aber das Entscheidende ist es nicht...

Eine Nation ist etwas anderes als eine bloße Bevölkerung und sogar etwas anderes als das, was man zu Recht unter ‚Volk' versteht. Nation ist kein Wachstumsprodukt, sondern ein Produkt des Willens, Nation zu sein. Das Volk ist geschichtsträchtig, die Nation ist geschichtsmächtig. Aber um das sein zu können, muß man den Willen haben, es zu sein.

Was die Deutschen veranlaßt, mehr als eine Bevölkerung, als ein Volk zu sein, nämlich Nation, ist der gemeinsame Wille aller, die Freiheit zum Grundgesetz der Existenz des Ganzen und des einzelnen zu machen, die Mitmenschlichkeit, Brüderlichkeit genannt, als die Grundlage der Moral zu betrachten, nach der wir uns in unserem Volke verhalten und anderen gegenüber verhalten wollen. Dazu kommt die Erinnerung an einige der Dinge, die dieses deutsche Volk auch in der Achtung der Menschen in der Welt große gemacht haben. Da gibt es eine Menge aufzuzählen, die noch im Bewußtsein der Deutschen lebt...

Auch Karl Marx ist ein Stück Deutschland! Ich glaube, daß diese Dinge Bestand haben und lebendig sind. Eine Nation kann man nicht durch Vertragsartikel dekretieren und auch nicht durch Vertragsartikel wegdekretieren. Das Entscheidende ist, nicht Verträge von Staat zu Staat schaffen die Nation, sie wird zu sich selber dadurch, daß die Menschen eines Landes als Nation leben wollen, daß sie entschlossen sind, als Gemeinschaft zu handeln und zu leiden, weil sie gemeinsam ihre Seele in bestimmten Menschheitswerten entdecken und diese auf ihrem Gebiet verwirklichen wollen. Das macht die Nation aus: sie ist ein Plebiszit, das sich jeden Tag wiederholt.

(-/11.12.1989/vo-he/hgs)

* * *

Erinnerung an Carlo Schmid

Zum 10. Todestag des großen Sozialdemokraten

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Wenn es in der deuschen Sozialdemokratie und wohl darüber hinaus, wenn es in der deutschen Nachkriegsgeschichte einen Menschen gegeben hat, der Geist und Politik in einer Person verkörperte, dann war es unser Freund Carlo Schmid.

Er hatte in seiner Person nicht nur eine Symbiose dieser beiden oft im Widerstreit liegenden Elemente geschafft, er hatte auch durch seine persönliche Ausstrahlungskraft den Menschen das Vertrauen vermittelt, daß er den Herausforderungen der Zeit ebenso gewachsen war wie er einen neuen Stil der politischen Auseinandersetzung pflegte. Seine Vision von einer humanen, kulturell entwickelten und friedlichen Zukunft war gerade in einer Zeit, in der diese Werte von den Nationalsozialisten in den Schmutz gezerrt worden waren, von besonderer Bedeutung.

Seine zahlreichen Ausführungen zu den drängenden Problemen der Zeit waren ein Plädoyer für kulturelle Vielfalt und politische Toleranz. Auf dem Hintergrund seiner humanistischen Bildung hatte seine Sprache ein hohes, lebendiges Niveau, das heute kaum noch vorzufinden ist. Ihn reden zu hören war einfach ein Genuß.

Carlo Schmid hatte das, was man mit Charisma nur unvollkommen bezeichnet, denn er war zugleich jemand, der Politik als etwas begriff, das man nur mit Leidenschaft betreiben könne. Über das Scheitern der Weimarer Republik schrieb Carlo Schmid einmal zutreffend, der Grund habe in der in guter Absicht von oben verordneten Demokratie gelegen. „Demokratie wurde von den einen als eine Art Verzierung dieses Verwaltungsstaates angesehen, von den anderen als eine störende Hemmung der Funktionen dieses Verwaltungsstaates, der die gute alte Zeit bestimmt hatte, in der es einem so viel wohler sein konnte als heute".

In seinem politischen Leben spielten die Männer und Frauen der ersten Stunde unserer Bundesrepublik eine zentrale Rolle. Über „Kurt Schumacher als Redner" schrieb Carlo Schmid 1953, daß man dessen Arbeit mit dem Wort nur mit dem „Prägehammer eines Medailleurs" vergleichen könne, wobei ihm „Prägungen von solcher Vollkommenheit gelungen sind, daß sie heute wie Münzen harter Währung umlaufen, ohne daß man den Münzmeister zu nennen braucht, um ihnen Kurs zu verschaffen".

In einem sich täglich verändernden politischen Umfeld hat uns dieser große Sozialdemokrat so viel Bedenkenswertes hinterlassen, daß ich mit Nachdruck empfehle, bei Carlo Schmid nachzulesen, was er zur deutschen Frage geschrieben hat: „Die Bundesrepublik und die DDR sind Ordnungen für eine Übergangszeit, innerhalb der einen deutschen Nation. Das Grundgesetz hat dies für die Bundesrepublik ausdrücklich erklärt, und für die DDR gilt dieser Satz auch ohne besondere Erwähnung in einer Verfassung. Wenn zwei Provisorien, dieser ihrer Eigenschaft eingedenk, miteinander umgehen, so wird damit für das Ganze nichts präjudiziert. Hat Politik - weltweite Politik! - die Voraussetzungen für die Aufhebung des Interimszustandes geschaffen, dann werden die beiden staatlichen Gebilde, in denen sich Deutschland für die Zeit des Übergangs organisiert hat, sich vielleicht in einem Staat der ungeteilten deutschen Nation aufheben, in dessen Verfassung Vorstellungen und Impulse der Deutschen von drüben ebenso eingehen werden wie Vorstellungen und Impulse der Deutschen im Westen unseres Vaterlandes. Dann wird der Weg Deutschlands aus dem Krieg heraus ans Ziel gekommen sein."

Carlo Schmid hatte Geist und Politik in sich vereint - daraus erwuchs politische Klugheit und Weitsicht.

Wir sind ihm zu tiefem Dank verpflichtet.

(-/11.12.1989/vo-he/rs)

* * *

Jetzt ist die Stunde der Abrüstung gekommen

Zur demokratischen Revolution in Osteuropa gehört eine starke Abrüstungskomponente

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten
Vorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein

Die revolutionären Entwicklungen in Osteuropa und in der Sowjetunion dürfen auch im sicherheitspolitischen Bereich keine Rückkehr zum anachronistischen hochgerüsteten Nationalstaat bringen. Die Stunde der Demokratie, die Stunde Europas muß auch die Stunde der Abrüstung sein, damit wirklicher Frieden verwirklicht wird und wir öffentliche Gelder in großem Umfang für Zukunftsaufgaben mobilisieren können. Das Gemeinsame Europäische Haus sieht keine Rolle mehr für bis an die Zähne bewaffnete Wachmannschaften auf den Fluren vor.

Im Augenblick scheint greifbar nahe zu sein, was in Wissenschaft und Politik bis gestern noch als Fernziel galt: Die Auflösung der hochgerüsteten Militärpakte in Ost und West, die Auflösung von Warschauer Pakt und Nato. Das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit, so wie es von Olof Palme, Egon Bahr und anderen enwickelt wurde, sah als Endziel diese Auflösung der Bündnisse vor. Der Warschauer Pakt existiert mit der Ablösung der ehemaligen Satellitenstaaten von der Supermacht UdSSR im wesentlichen nicht mehr. Kein ernsthaft denkender Mensch kann sich heute von den Warschauer Pakt-Truppen in Osteuropa bedroht fühlen. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes fällt weitgehend die Begründung für die Nato. Wenn heute ein Endzweck so nahe liegt, stellen sich manche Fragen, die bisher Teilabschnitte des Weges markierten, völlig neu:

Wie z.B. kann sichergestellt werden, daß die Auflösung der Militärbündnisse Abrüstung und Entmilitarisierung einleitet, ohne daß wieder inzwischen völlig unzeitgemäße kriegsfähige nationale Armeen entstehen, die zu allem Unglück auch noch Unmengen an Geld verschlingen?

Sind die in den letzten Jahren aus gutem Grund und wohlüberlegt entwickelten Abrüstungsmodelle der gemeinsamen Sicherheit wie zum Beispiel Konzepte der konventionellen Angriffsunfähigkeit nicht für die gegenwärtige Entwicklung viel zu mechanistisch und auch viel zu teuer? Mit anderen Worten: Ist der direkte Weg der Abrüstung auf der Basis der revolutionären Entspannung nicht viel einfacher, billiger und effektiver als ein überprüfbarer, perfekter aber teurer Weg der konventionellen strukturellen Angriffsunfähigkeit?

Und zuletzt: Wäre in einer Welt der bedrohungsfreien Annäherung von Ost und West und auch der Supermächte nicht viel erreicht, wenn wir akzeptierten, daß einzelne Staaten, die wie die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich bisher verantwortungsvoll mit dem Teufelszeug umgingen, ihre Atomwaffen auf niedrigem Standard bis zu einer endgültigen Regelung behielten, aber gemeinsam mit dem Rest der Welt ihr Augenmerk darauf richteten, daß Atomwaffen nicht weiter verbreitet werden. Ich will sagen: Mir scheint es im Moment wichtiger zu sein, die weitere Proliferation zu verhindern, als teure, mechanistische und perfektionistische angriffsunfähige Strukturen bei konventioneller Verteidigung zu schaffen.

Vor allem müssen wir alle gemeinsam in Ost und West, aber auch in Nord und Süd, jetzt und irreversibel der demokratischen Revolution eine starke Abrüstungskomponente verleihen. Es ist nicht einsehbar, ja es ist zutiefst paradox, daß parallel zur Revolutionierung der internationalen Beziehungen alle Rüstungsprogramme in bürokratischer Konsequenz fortgeführt werden. Wir brauchen das Geld für eine demokratische und soziale Zukunft in Europa, für eine Zukunft des Ausgleichs von Nord und Süd und für eine Zukunft in gesicherter Umwelt. (-/11.12.1989/vo-he/rs)

* * *

Licht und Schatten in Straßburg

Ein EG-Gipfel zwischen neuen Dimensionen und alten Fehlern

Von Heinke Salisch MdEP
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten

Die Ergebnisse des EG-Gipfels von Straßburg sind wie die herbstliche Hauptstadt des Elsaß: Voll von Licht und Schatten. Zum Abschluß der französischen Ratspräsidentschaft legte der Europäische Rat Ergebnisse vor, die zum einen Widerspruch und Kritik hervorrufen, andererseits jedoch auch neue Dimensionen für die Gemeinschaft aufzeigen, die das Einigungswerk voranbringen werden.

Unsere Zustimmung findet neben anderem, was die zwölf Staats- und Regierungschefs in Straßburg zur deutschen Einheit in freier Selbstbestimmung gesagt haben. Wir fühlen uns als Sozialisten bestätigt, weil unsere Fraktion als erstes europäisches Gremium diesen Gedanken am 11. November in einem Beschluß gefaßt hat, der dann auch vom Europäischen Parlament in einer entsprechenden Erklärung übernommen wurde. Es ist gut, wenn die Verknüpfung dieser Frage mit dem KSZE-Prozeß unterstrichen wird und damit auch auf die Unverletzlichkeit der Grenzen verwiesen wird.

Unseren Vorstellungen kommen auch die geplante Ausbildungsstiftung und die Öffnung der EG-Bildungsprogramme für Osteuropa entgegen. Aber das Parlament wird darauf achten, daß das nicht das letzte Wort ist und weitere konkrete Hilfsmaßnahmen ergriffen werden. Eher skeptisch ist aus unserer Sicht der Plan zu sehen, mit der Gründung einer Europa-Bank die Entwicklung der sich reformierenden Staaten Mittel- und Osteuropas zu unterstützen. Es ist nicht erkennbar, warum diese Aufgabe nicht einem Konsortium im Ostgeschäft erfahrener Banken übertragen wurde. Ich fürchte, daß über die Gründung der Bank, die Berufung erfahrener Bankiers und ähnlichem sattsam bekannten Hickhack zu viel wertvolle Zeit verloren geht. Am Ende wird es dann sicher eine Behörde mit schönen Spitzenpositionen und -gehältern mehr geben. Aber ihr Unternehmenszweck wird dann womöglich bereits durch die Ereignisse (hoffentlich im positiven Sinn) geschrumpft sein.

Diesem zweifelhaften Unternehmen gesellt sich als echter europäischer Skandal die Erklärung zur Europäischen Sozialcharta hinzu. Dieses seltsame Gebilde, dessen Bedeutung in der Beratung zwischen den Regierungen zerbröselt wurde, so daß seine Hauptgegnerin tatsächlich am Ende sagen konnte, es habe keinerlei operative Bedeutung, kann nicht die Unterstützung der Arbeitnehmer in der EG finden. Da es hinter der Sozial-Konvention des Europarats zurückbleibt, stellt sich die Frage nach dem Sinn. Wenn dieser soziale Rückschritt die Antwort der EG auf die Veränderungen in Osteuropa ist, ist das ein Armutszeugnis für die reichste Region der Welt, die sich immer so viel auf ihre soziale Ausgestaltung eingebildet hat. Wir Sozialisten wissen uns mit den Gewerkschaften einig, daß dieser Papiertiger von uns mit keinem guten Wort bedacht werden kann. Wir sind sicher, daß auch das Europäische Parlament dieser Worthülse eine Absage erteilen wird.

Schon in dieser Woche wird das Europäische Parlament seine Ansprüche an das von der EG-Kommission vorgelegte Sozialpolitische Aktionsprogramm formulieren. Eindeutig ist, daß es - anders als es die „Sozial"-Charta jetzt ist - verbindlich sein muß. Außerdem ist es ergänzungsbedürftig. Es fehlen unter anderem: Das Verbot ungeschützter Arbeitsverhältnisse und der Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag, die Festlegung der maximalen Arbeitszeit, des Mindesturlaubs und des Mindestgehalts, das Recht auf Ausbildung und Elternurlaub sowie der Kinderschutz.

Die Sozialistische Fraktion hat in der vergangenen Woche prophylaktisch ein Mißtrauensvotum gegen die EG-Kommission formuliert, für den Fall, daß die Kommission unsere sozialen Prioritäten nicht in ihr Arbeitsprogramm 1990 übernimmt. Im Januar werden wir die Situation im Lichte des Arbeitsprogramms prüfen und endgültig über seine Einbringung entscheiden. (-/11.12.1989/vo-he/hgs)

* * *